

Bericht der Kommission für Kultur, Aussenbeziehungen und Dienste (KAD) zum Geschäftsbericht des Gemeinderats 2005, Produktgruppe 1, Volksabstimmungen und Behördendienste

Allgemeines

Die Produktgruppe Volksabstimmungen und Behördendienste liegt leicht über dem Budget, was sich fast ausschliesslich mit höheren Gemeinkostenumlagen und den Kosten für die nicht budgetierten Präsidiumswahlen erklärt. Die Kommission hält diese Abweichungen für gerechtfertigt und nachvollziehbar.

Besonderes

Gemeinkostenumlagen (vgl. S. 10 Hauptbericht): Gemäss Aussagen des Gemeinderats wurden die teuerungsbedingten Mehrkosten der beruflichen Vorsorge für Aktive und Rentner, die offenbar nicht vollumfänglich budgetiert worden sind, zu gleichen Teilen auf die einzelnen Produktgruppen verteilt. Es versteht sich, dass die nicht budgetierte Mehrbelastung von einheitlich rund CHF 50'000.- in kleinen Produktgruppen proportional stärker ins Gewicht fällt als in grossen Produktgruppen. Das Prinzip, die Gemeinkostenumlagen zu gleichen Teilen auf die zehn Produktgruppen zu verteilen, hält die Kommission prima vista für nicht optimal. Sie regt an, mögliche Alternativen in der Finanzkoordinations- oder der Geschäftsprüfungskommission zu diskutieren.

Produkt 1.2, Einwohnerrat; Umfrage (S. 15 Detailbericht): Die Kommission bedauert, dass lediglich gut die Hälfte (23) der Mitglieder des Einwohnerrats auf die im Zweijahres-Rhythmus durchgeführte Umfrage der Ratsdienste geantwortet haben. Die von der Kommission anlässlich der Beratung des Geschäftsberichts 2003 gerügte niedrige Beteiligung von nur 29 Ratsmitgliedern hat sich 2005 damit nochmals merklich verschlechtert.

Produkt 1.2, Einwohnerrat; Vorstösse (S. 15 f. Hauptbericht): Die Kommission nimmt die Kritik des Gemeinderats, wonach die 12-Monatsfrist für die Beantwortung von Anzügen zu kurz sei, zur Kenntnis, teilt sie indes nicht. Für die Kommission hat die kurze Frist aus Sicht des Parlaments grosse Vorteile, gerade auch im Vergleich zur 24-Monatsfrist im Grossen Rat, die es der Exekutive erleichtert, brisante Vorstösse „auszusitzen“. Die Kommission ist sich aber bewusst, dass die Ressourcen der Gemeindeverwaltung beschränkt sind und überdies nicht in erster Priorität auf die Beantwortung nicht dringlich erscheinender parlamentarischer Vorstösse zu konzentrieren sind. Sie ist sich deshalb sicher, dass der Einwohnerrat kurze Zwischenberichte am Ende der Beantwortungsfrist, mit dem Antrag, einen Anzug stehen zu lassen, in nicht dringlichen Fällen akzeptieren wird. Ausserdem erinnert sie



Seite 2

daran, dass der Gemeinderat sich gegenüber dem Parlament und in den Fraktionen gegen eine Anzugsüberweisung aussprechen kann. Schliesslich empfiehlt die Kommission, angesichts des Hinweises des Gemeinderats auf die gestiegene Arbeitsbelastung durch immer mehr Vorstösse dem Einwohnerratsplenum und den einzelnen Ratsmitgliedern, den Umgang mit Interpellationen, Anzügen und anderen Vorstössen vermehrt auch im Hinblick auf die Belastung der Verwaltung zu überdenken.

Produkt 1.3 Gemeinderat, Besoldung (S. 25 Detailbericht): Der Einwohnerrat hat dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, während der Dauer des Leistungsauftrags eine Neuregelung der Entschädigungen für die Mitglieder des Gemeinderats und das Gemeindepräsidium vorzuschlagen. Der Gemeinderat möchte diese Neuregelung zurückstellen. Einerseits stehe auch auf Druck der Pensionskasse Basel-Stadt eine Neuordnung der beruflichen Vorsorge für Gemeinderatsmitglieder im Vordergrund. Andererseits seien die Vergütungen für die Exekutivarbeit mindestens zeitlich mit der neuen Lohnordnung für das Gemeindepersonal zu koordinieren. Die Kommission kann diese Überlegungen nachvollziehen. Sie sieht es nicht als ihre dringliche Aufgabe an, den Gemeinderat zu einer Anpassung seiner eigenen Bezüge zu drängen, erklärt aber nach wie vor ihre Bereitschaft, eine Neuregelung anzugehen.

Riehen, den 7. Juni 2006

Kommission für Kultur, Aussenbeziehungen und Dienste (KAD)

Der Präsident:

Conradin Cramer